

(Abgeordneter Lange [Leipzig].)

A) ungeheuere Sterblichkeit, eine Steigerung um 50 bis 55 Prozent bei den Kindern.

Über die einzelnen Punkte des Antrages, der ja, soweit mir bekannt ist, nunmehr an einen Ausschuß verwiesen werden soll, will ich hier im einzelnen nicht sprechen. Einige von diesen Punkten scheinen für uns nicht diskutabel, für andere sind wir unter Umständen zu haben. Ein Abbau der Zwangswirtschaft ist im gegenwärtigen Augenblicke nicht möglich, das darf ich offen aussprechen, vor allen Dingen nicht für unsere wichtigsten Nahrungsmittel, Kartoffeln, Brot, Fleisch, Milch usw. Der Versuch wird bei den Eiern gemacht. Wir wollen unseren Antrag heute hier zurückziehen und behalten uns vor, ihn im Ausschuß zu stellen und von Ausschuß wegen wieder an die Kammer bringen zu lassen. Mit der Freigabe der Eier wird jetzt eine Lücke in die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel geschlagen. Die Regierung wird ihr blaues Wunder damit erleben. Hatten wir bisher die Möglichkeit, im Durchschnitt doch alle vier Wochen noch ein Ei für 55 Pf. zu bekommen, dann wird jetzt bei Freigabe des Eierhandels keiner daran denken können, ein Ei zu kaufen, der nicht über ein ganz großes Portemonnaie verfügt.

(Sehr richtig! rechts.)

B) Jetzt ist der Preis der Eier in Leipzig auf 1 M. 20 Pf. bis 1 M. 50 Pf. für das Stück schon gestiegen, wer soll dann noch die Preise bezahlen können. Ich gebe zu, schon der Preis von 55 Pf. steht mit dem Nährwert eines Eies in keinem Verhältnis. Aber mit einem Ei konnte die Hausfrau doch andere Speisen genießbarer, appetitlicher machen und sie gut herrichten. Aber auch diese Möglichkeit wird ihr nun genommen sein.

Preußen hatte bisher das gemischte System, das System Rösicke. Es mußte ein Teil der Eier, und zwar ein verhältnismäßig kleiner abgegeben werden, den anderen Teil konnte jeder Hühnerhalter im freien Handel verkaufen. Dies mag dazu geführt haben, daß man dazu übergegangen ist, die Eier jetzt vollständig freizugeben. Ich persönlich — das möchte ich sagen — begrüße es, daß hier eine Probe auf das Exempel gemacht wird. Der Schreck über den Erfolg wird den Leuten, vor allen Dingen der Regierung, die Augen öffnen, und man wird sagen: Das ist das, was uns gerade noch gefehlt hat.

Selbst wenn eine genügende Einfuhr aus dem Auslande kommen wird, dann wird die Aufhebung der rationierten Verteilung nach meiner Überzeugung nicht möglich sein. Mein Herr Vorredner hat darauf hingewiesen, wie reich die Ernten in Amerika seien. Ja Amerika hat genug,

es hat auch die argentinische Ernte aufgekauft, die Tonne für 55 Dollar Gold. Rechnet man die Fracht dazu, dann kostet uns das Brot 50 Prozent mehr als es jetzt schon kostet. Wenn wir also Getreideeinfuhr in genügender Menge hätten, wie hoch würde dann der Preis sein!

Soll es denn so werden, daß der eine Kommunalverband, der Zuschußverband, diese ungeheueren Brotpreise, die das Einhalb- bis Zweifache von dem, was jetzt das Brot kostet, ausmachen wird, zahlen muß, und die Kommunalverbände, die die Selbstversorgung haben, den bisherigen Getreidepreis, und damit auch Brotpreis, beibehalten? Das geht nicht. Es bleibt nichts anderes übrig, selbst bei hinreichender Einfuhr wird man einen Ausgleich treffen müssen, indem man die Preise vereinheitlicht, um eine einheitliche Preisregelung und Verteilung für Deutschland zu gewährleisten. Das hindert uns aber nicht, daß der freie Handel die Einfuhr, soweit es möglich ist, bekommt bis in den deutschen Hafen.

In Österreich hatte man so hübsch hingewurfelt; wer Geld hatte, konnte sich etwas kaufen. Österreich ist aber auch das erste Land gewesen, das auf der Strecke geblieben, das zusammengebrochen ist. Solange die Kriegswirtschaft die Fabriken für Munition in Anspruch nahm, wurde auch von ihnen dagegen keine Bedenken erhoben. Das war selbstverständlich, das war ganz gut und schön, nur wenn das jetzt für die Ernährung notwendig ist, dann ist das etwas anderes.

Die Einfuhr, die uns jetzt vorgegaukelt wird, haben wir noch nicht. Ehe sie nicht da ist, wollen wir nicht ernst mit ihr rechnen. Um so mehr müssen wir aber das, was im Lande ist, sicher erfassen und gerecht verteilen. Freilich sagte Herr Kollege Schmidt, eine Regierung, die sich durchzusetzen vermag, sei da notwendig. Insofern stimmen wir mit Herrn Abgeordneten Schmidt überein. Auch die Erfassung und Verteilung kann nur eine Regierung lösen, die sich durchzusetzen vermag. Das ist richtig.

Wolkereizwang! Ach, wenn man sich da die Statistiken ansieht, was da abgeliefert wird von dem, was geleistet werden kann, 10 v. H. und so noch etwas steigend bei einigen, dann wundert man sich, daß man diese Forderung zu stellen wagt. Wenn nichts mehr zum Abliefern vorhanden wäre, dann würde doch niemand etwas mehr beschlagnahmen können. Wenn eine Kartoffelmiete beschlagnahmt wird, muß der Besitzer die Kartoffeln doch zurückbehalten haben über seinen Bedarf hinaus. Derjenige, der seine Pflicht und Schuldigkeit in der Ablieferung getan hat, kann nichts übrig haben. Der ganze Schleichhandel wäre nicht möglich, nicht denkbar,